

Vergeßt sie nicht!

Freiheit war ihr Ziel – Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

Jochen Staadt

Unter dem Titel *Deckname Walter* erschien 1953 im Berliner Kongreß-Verlag eine Broschüre mit dem Untertitel „Enthüllungen des ehemaligen Mitarbeiters der sogenannten ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘, Hanfried Hiecke“. Der Kongreß-Verlag war das Sprachrohr der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Die Broschüre selbst haben aber weder Hanfried Hiecke noch die Nationale Front verfaßt, sie entstand in den Schreibstuben des Ministeriums für Staatssicherheit. Eingang der Broschüre stellt sich Hiecke (Jahrgang 1929) als Sprößling eines christlichen Elternhauses vor. Er habe vier Semester Theologie studiert und sich dann der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) in West-Berlin angeschlossen. Vom Sommer 1949 bis Frühjahr 1951 habe er als „offizieller Mitarbeiter“ in der KgU gearbeitet, zunächst in der Registratur für verschleppte Personen, seit Herbst 1950 als Leiter des Referats Sachsen. Vom Frühjahr bis Mitte August 1951 will Hiecke nach eigenen Angaben für das amerikanischen Military Intelligence Detachment (MID) und danach für den britischen Geheimdienst Military Intelligence (MI) tätig gewesen sein. Die Broschüre *Deckname Walter* sollte „dem deutschen Volk Aufschluß geben über das verbrecherische System des amerikanischen Agentendienstes und seiner Trabanten“. Der jüngst vor dem Obersten Gericht der DDR geführte Prozeß gegen die „Buraniek-Bande“ habe bewiesen, „daß vom Westen aus Sprengstoffanschläge und Sabotageakte gegen Leben und Errungenschaften der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik systematisch organisiert werden“. Eine Zentrale dieses „organisierten Verbrechens“ sei die KgU, die „niemals eine deutsche Organisation gewesen ist, sondern ausschließlich im amerikanischen Interesse gegründet, ein Werkzeug der USA zur Vorbereitung eines neuen Krieges darstellt“. Eine Organisation, „die den Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist und bleibt ein Verbrechen am deutschen Volk“.¹

Ernsthafte Belege für die Behauptung, „daß vom Westen aus Sprengstoffanschläge und Sabotageakte gegen Leben und Errungenschaften der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik systematisch organisiert“ würden, enthielt die Broschüre nicht. Nach Ausführungen über den RIAS als „Agenten und Spionagezentrale“ und diversen Hinweisen auf eine Zusammenarbeit der KgU mit amerikanischen Dienststellen folgten zwar alle möglichen Beispiele für angeblich geplante, aber dank der Wachsamkeit der DDR-Sicherheitsorgane mißlungene Anschläge wie die Sprengung einer Talsperre, „terroristische Aktionen gegen demokratische Persönlichkeiten und Friedensfreunde“ etc. pp. Am Ende der Broschüre heißt es in drastischen Worten, nicht nur die „ausführenden Gangster“ seien zu bestrafen, sondern auch ihre Auftraggeber, „die amerikanischen Interventionsbehörden in Westdeutschland, die volksfeindliche und antinationale Adenauer-Clique und die rechte SPD-Führung, die mit dem ‚Ostbüro der SPD‘ eine eigene Agentenzentrale unterhält“. Damit auch klar war, wer die Bestrafung ausführen sollte, war auf der letzten Seite des Heftes ein Foto des Obersten Gerichts der DDR mit

1 Vgl. Hiecke, Hanfried: *Deckname „Walter“*. Enthüllungen des ehemaligen Mitarbeiters der sogenannten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Berlin 1953, S. 5 f.

Hilde Benjamin als Vorsitzende abgebildet. Die Bild-Unterschrift lautete: „Die Gerichte der DDR strafen im Namen des Volkes alle Verbrecher hart und gerecht.“ Bemerkenswert ist auch die Schlußpassage der Broschüre. Nach einem Plädoyer für das KPD-Programm „der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ sowie für die „Grundlagen des Sozialismus“, die es in der DDR zu schaffen gelte, wurde die DDR als „Vorbild und Bollwerk des nationalen Befreiungskampfes“ herausgestellt, „das allen deutschen Patrioten Kraft in ihrem Kampf“ gebe.² Was mit „Verbrecher hart und gerecht“ strafen gemeint war, wußten damalige Zeitgenossen durch den 1952 beendeten und eingangs der Broschüre erwähnten Schauprozeß vor dem Obersten Gericht der DDR gegen Johann Burianek und andere, der mit dem Todesurteil gegen den Hauptabgeklagten endete. Burianek starb am 2. August 1952 unter dem Fallbeil. Das Urteil wurde 2005 vom Berliner Landgericht als rechtswidrig aufgehoben.

Eine zeitgenössische Presseinformation der DDR-Generalstaatsanwaltschaft faßte in der gleichen Tonlage wie die Broschüre „*Deckname Walter*“ zusammen, worum es in dem Schauprozeß gegen Johann Burianek und seine Mitangeklagten vom 23. bis 25. Mai 1952 unter dem Vorsitz der Vizepräsidentin des Obersten Gerichts Hilde Benjamin als Richter und Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer als Ankläger wirklich ging. Der Prozeß habe, hieß es in der Presseerklärung, gegen „die vom amerikanischen Geheimdienst in Westberlin über die Hildebrandt-Tillich-Gruppe in West-Berlin mit ihrem sogenannten Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit“ unterstützte „Burianek-Bande“ stattgefunden. Das Verfahren habe „unwiderlegliches Beweismaterials über die enge Zusammenarbeit der KgU mit dem amerikanischen Geheimdienst“ erbracht. „Es konnte nachgewiesen werden, daß diese Kampfgruppe eine skrupellose und mit den gemeinsten Mitteln zum Krieg und zum gewaltsamen Umsturz in der DDR hetzende Zentrale zur Anleitung von Brandstiftern, Räubern und Mördern, zur Organisation von Eisenbahnkatastrophen und Sprengstoffattentaten ist.“ Die Organisation wende Mittel des „offenen Terrors“ ohne Rücksicht auf Menschenleben an. Die „Burianek-Bande“ habe zunächst für den sozialdemokratischen *Telegraf* gearbeitet und dann seit März 1951 für die KgU. Angeblich plante sie die Sprengung des Ost-Berliner Stalin-Denkmal während der Jugendfestspiele, die Ausstreuung von Reifentörern, spionierte in Betrieben, wollte Gebäude anzünden, das Kraftwerk Klingenberg stilllegen usw. Burianek habe geplant, eine DDR-weite Organisation unter dem Namen „Partisanen der Freiheit“ aufzubauen. Partner Burianeks sei der Ingenieur Emil Möbis, beschäftigt beim VEB Secura, gewesen.

Für den 21. Februar 1952 habe die „Burianek-Bande“ angeblich die Sprengung einer Eisenbahnbrücke hinter Erkner vorbereitet, um den D-Zug Berlin-Warschau zum Entgleisen zu bringen. Wolfgang Kaiser, der „Chefchemiker der KgU“, habe den Spreng-

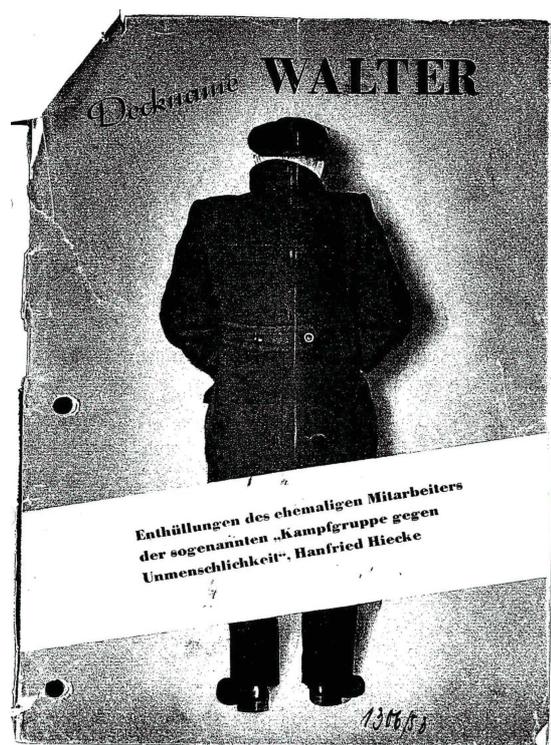


Abb. 1: Broschüre von Hanfried Hiecke, 1953.

2 Ebd., S. 43 f.

stoff besorgt.³ Es sei deswegen nicht zur Sprengung gekommen, weil das versprochene Fluchtauto von der KgU nicht gestellt worden war. Wenig später habe eine andere Terrorgruppe, die „3 Bastiane“, den Sprengstoff erhalten, um damit die Eisenbahnbrücke bei Spindlersfeld zu sprengen, was von der Volkspolizei jedoch verhindert werden konnte. Es sei zu einem Feuergefecht gekommen, aber die „3 Bastiane“ hätten flüchten können. Eine andere Gruppe mit der Burianek angeblich in West-Berlin zusammengearbeitet hatte, sei eine „Motorradgang“ gewesen, die laut DDR-Generalstaatsanwaltschaft den verätherischen Namen die „3 Germans“ führte. Aus Verärgerung über die schlechte Unterstützung durch die KgU habe sich Burianek an den amerikanischen Geheimdienst CIC gewandt und dort für 30,- DM West pro Auftrag Informationen über sowjetische Truppen in der DDR gesammelt. Neben der KgU machte die DDR-Generalstaatsanwaltschaft auch den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen (UFJ), „eine getarnte Spionageorganisation des amerikanischen Geheimdienstes“, für Terroranschläge gegen die DDR verantwortlich, und natürlich den RIAS „als Bauernfänger und Zutreiber für die anti-deutschen imperialistischen Spionage-, Hetz- und Terrorzentralen“.⁴ Obwohl Burianek, der vermutlich in der Haft gefoltert wurde, nur die Planung von Anschlägen gestand, endete der Schauprozeß gegen ihn mit der Todesstrafe. Das Todesurteil samt Begründung wurde 2005 von einem „MfS-Insider“ als Beleg für die guten, friedenserhaltenden Taten der Stasi ins Internet gestellt.⁵

Am 19. November 1952 erschien im *Spiegel* ein kritischer Artikel über die KgU und ihren Leiter Ernst Tillich. Der Artikel übernahm als Tatsachenbehauptungen die Anschuldigungen der DDR-Justiz gegen die KgU und brachte als Aufmacher ausgerechnet die „Drei Germans“ aus West-Berlin, die von einem Agenten der KgU den Auftrag erhalten hätten, „als Postangestellte verkleidet, mit Nachtschlüsseln Telephonverteilerkästen im sowjetischen Sektor Berlins zu öffnen und Sprengladungen hineinzupacken“. Die ominösen „Drei Germans“ waren wohl ein Phantom. Außer in der SED-Propaganda tauchten sie später nie wieder auf. Freilich wies der *Spiegel* in seinem Bericht auch auf ein tatsächliches Problem hin: Die KgU wollte „die rote Diktatur ins Wanken bringen“ und beauftragte „teilweise unerfahrene Jungen, die aus Empörung gegen die Kommunisten alles mitzumachen bereit waren, verantwortungslos mit vertrackten Aufträgen; die Jungen fielen dem sowjetdeutschen ‚Staatssicherheitsdienst‘ reihenweise in die Hände und müssen wegen sinnloser, fehlgeschlagener Unternehmen die besten Jahre ihres Lebens im Zuchthaus verbringen. [...] Insgesamt liegt die Zahl der in diesem Jahr unter euquoteKampfgruppen-Verdacht Verhafteten um 200 und steigt ständig weiter. Der Volkspolizei-Chefinspektor Erhard König (SED) behauptet, daß bisher 200 Volkspolizisten ‚im Kampf gegen Agenten, Spione und Saboteure‘ ihr Leben verloren hätten. ‚Auf jeden toten Volkspolizeikameraden werden zwei Feinde der neuen Demokratie kommen!‘, drohte König. Maßgebliche Stellen in Westberlin beschleicht ein ungutes Gefühl, wenn sie sich die Verurteilungslisten ansehen. Immer mehr Persönlichkeiten – Probst Grüber ist nur einer von vielen – protestierten gegen die fahrlässigen Widerstandsaufträge der ‚Kampfgruppe‘ an Jugendliche.“⁶

Im Koblenzer Bundesarchiv sind inzwischen auf 13 000 Mikrofiches die Überlieferun-

3 Wolfgang Kaiser wurde am 9. August 1952 im „Müller-Kaiser-Prozeß“ zum Tode verurteilt und am 6. September 1952 hingerichtet.

4 Generalstaatsanwaltschaft der DDR: Spinneagenten und Saboteure vor dem Obersten Gericht der DDR. BArch, DP 3/71.

5 Vgl. <<http://www.mfs-insider.de/Abhandlungen/Burianek.htm>> (letzter Aufruf 1.12.2008).

6 Vgl. So etwas wie Feme. In: Der Spiegel v. 19.11.1952.

gen der KgU zugänglich. Ihnen läßt sich entnehmen, daß die bis zu 80 festgestellten KgU-Mitarbeiter zum großen Teil mit einer ganz anderen Tätigkeit befaßt waren, als von der DDR-Propaganda, aber auch dem *Spiegel* und einigen anderen Zeitungen in Westdeutschland angenommen. Sicher ist, daß sich die KgU als nichtstaatliche Organisation schon in den frühen fünfziger Jahren zu einem politischen Akteur entwickelt hatte, der für den Berliner Senat und für die Bundesregierung ein zunehmend unkalkulierbarer Faktor im Ost-West-Konflikt wurde. Ihre finanziellen Mittel erhielt die KgU zunächst vom Berliner Senat, dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen sowie aus alliierten Quellen. Der Senat und das gesamtdeutsche Ministerium stellten 1951 ihre Zahlungen an die KgU weitgehend ein.⁷ Amerikanische Dienststellen und Stiftungen finanzierten fortan die Organisation bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1959. Die Überlieferungen in Koblenz belegen aber andererseits, daß ein erheblicher Teil der KgU-Arbeit in der Unterstützung von politischen Gefangenen, in humanitärer Hilfe für deren Angehörige, in der Sammlung von Informationen über verschwundene Personen sowie in der Feststellung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR bestanden hat. Um nach dem Häftlingshilfegesetz Unterstützung zu erhalten, benötigten ehemalige DDR-Häftlinge, die in die Bundesrepublik kamen, Bestätigungen, daß sie tatsächlich aus politischen Gründen verurteilt und inhaftiert worden waren. Die KgU erhielt in solchen Fällen von den zuständigen Stadt- oder Kreisverwaltungen aus dem Bundesgebiet Anfragen, ob es sich um einen politischen Verfolgungsfall handelte. Mit Hilfe ihrer Häftlingskartei und der umfangreichen Sammlung von Zeugenaussagen anderer ehemaliger Gefangener war die KgU in der Lage, auf solche Anfragen relativ zuverlässig zu antworten. Anträge von ehemals Inhaftierten etwa, die sich eines Wirtschaftsvergehens schuldig gemacht hatten, wurden in der Regel negativ beschieden. Mitarbeiter der KgU reisten durch die Bundesrepublik und hielten landauf, landab Vorträge über die „Lage in der Zone“. Des weiteren unterstützte die KgU antikommunistische Widerstandsgruppen, die sich aus unterschiedlichen Gründen in der gesamten DDR gebildet hatten, und sandte aus West-Berlin und anderen günstigen Orten an der innerdeutschen Grenze im Rahmen sogenannter „Ballon-Aktionen“ ihre Freiheitsbotschaften millionenfach „in den Osten“. Darüber hinaus sammelte die KgU Informationen über die geheime Aufrüstung der Volkspolizei und half durch deren Veröffentlichung mit, daß die westdeutsche Öffentlichkeit von dieser versteckten Militarisierung in der DDR Kenntnis erhielt.

Nie wieder! – Wie alles anfing

Gerhard Finn, der viele Jahre Mitarbeiter im Suchdienst der KgU war, erinnert sich heute noch lebhaft an die chaotischen Anfänge in der Wohnung von Rainer Hildebrandt. Alles begann voller Idealismus und weitgehend improvisiert. Hildebrandt, der organisatorisch nicht sehr begabt war, hütete die ersten Karteibestände noch persönlich unter seinem Bett.⁸ Finn selbst war 1945 im Alter von siebzehn Jahren unter „Werwolfverdacht“ in das ehemalige KZ Buchenwald eingeliefert worden und hatte miterlebt, wie Tausende seiner Mithäftlinge dort auf elende Weise zugrunde gingen. Er hatte, als er 1948 nach West-Berlin kam, allen Grund, sich in der Häftlingshilfe zu engagieren.⁹ Rainer Hildebrandt gab auf einer gemeinsamen Kundgebung der Jungen Union, der Jungen

7 Vgl. hierzu u. a. Schreiben des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Auswärtig Amt vom 14. Oktober 1952 Betr. Stellungnahme zu den in der Note des Armeegenerals Tschujkow aufgeführten angeblichen Terrorzentralen in Westberlin. BAArch, B 137/1017.

8 Das Zeitzeugengespräch mit Gerhard Finn fand am 23. Oktober 2008 statt.

9 Vgl. auch seine Gesamtdarstellung der KgU-Geschichte: Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Berlin/Bonn 2000.

**Berliner!
Kommt, hört und seht
die Wahrheit!**

Nichtstun ist Mord!

Es sprechen

KZ-Häftlinge und andere Opfer der sowjetischen Gewaltherrschaft

Ferner

Rainer Hildebrandt, Eduard Grosse jr.

und Vertreter der

Jungen Union / Jungen Liberaldemokraten Berlins
Studentenschaft der Freien Universität sowie der
Antikommunistischen Arbeitsgemeinschaft im DJV, Berlin

am Sonntag, dem 17. Oktober 1948, 15 Uhr

im Titania-Palast Steglitz

Bären-Druck, Berlin-Schöneberg 10. 48 (2002) Eintritt frei!

Abb. 2: Aufruf zur KgU-Gründung.

Liberaldemokraten Berlins, der Studentenschaft der Freien Universität Berlin und der Antikommunistischen Arbeitsgemeinschaft DJV, die am 17. Oktober 1948 im Titania-Palast in Berlin-Steglitz stattfand, die Gründung der KgU mit den Worten bekannt:

Ausgehend von Kreisen der Berliner Jugend wurde beschlossen, eine Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit zu gründen. Diese Kampfgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, systematisch den zahllosen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachzugehen. Was bisher von verschiedenen Zeitungen und karitativen Verbänden vereinzelt getan wurde, soll und muß in Gemeinschaft mit ihnen systematisch getan werden. Eine Gewißheit sollten wenigstens die Leidenden und Sterbenden haben: daß die Welt von ihrer Todesnot erfährt.¹⁰

Zu diesem Zeitpunkt hielt die sowjetische Blockade West-Berlins seit fast vier Monaten an. Die Solidarität mit den Häftlingen in der SBZ basierte bei vielen, die sich damals in West-Berlin engagierten, auf eigenen Hafterfahrungen oder der mittelbaren Wahrnehmung durch die Berichte von Verwandten, Freunden und Bekannten. Gerhard Finn beschreibt die damalige Stimmung und Motivlage vieler Aktivisten mit den Worten: „Wir wollten uns nicht sagen lassen, ihr habt genau wie eure Eltern nichts gegen die Diktatur getan.“¹¹ Einen ungefähren Eindruck von den zu dieser Zeit in den SBZ-Gefängnissen einsitzenden Verurteilten der Sowjetischen Militärtribunale (SMT) bieten die SED-Unterlagen über eine mögliche Begnadigung von jungen Häftlingen aus dem Jahr 1950.

Der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen im ZK der SED lag im Dezember 1950 eine namentliche Aufstellung von 773 inhaftierten Personen, überwiegend im Alter zwischen 15 und 20 Jahren, zur Entscheidung vor. Diese Häftlinge waren von SMT zu Haftstrafen zwischen 8 und 25 Jahren verurteilt worden. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe lauteten meist: Flugblattverteilen, Mitgliedschaft in einer Untergrundorganisation, antisowjeti-

¹⁰ Zit. nach ebd.; S. 11.

¹¹ Zeitzeugengespräch mit Gerhard Finn.

sche Propaganda, Waffenbesitz und Diebstahl. 26 Flaschen Schnaps aus sowjetischen Beständen ergaben zehn Jahre Haft. Die Jugendlichen waren fast alle zwischen 1945 und 1950 festgenommen worden. Häufig wurde das Urteil noch am Tag der Verhaftung ausgesprochen. Ein Dreizehnjähriger, Gunther von G., wurde im Mai 1948 wegen Diebstahls zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Auch Siegfried G. aus Suhl wurde im September im Alter von 15 Jahren wegen Beteiligung an einer Untergrundorganisation zu zehn Jahren Haft verurteilt, desgleichen der sechzehnjährige Helmut G. aus Radeburg und weitere zahlreiche Fünfzehn- bis Siebzehnjährige. Horst B. wurde im Juli 1945 im Alter von 15 Jahren vom SMT Güstrow zu 25 Jahren Haft wegen „Werwolfstätigkeit“ verurteilt, Eberhard B. im Februar 1948 als Siebzehnjähriger wegen Zugehörigkeit zu einer Untergrundorganisation zu 25 Jahren. Günter D. aus Cottbus wurde als Neunzehnjähriger im Dezember 1948 wegen Sabotage (Diebstahl von Fahrradreifen) zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Bei vielen Häftlingen finden sich Hinweise auf Krankheiten und gesundheitliche Schädigungen in Folge der Haft- und Arbeitsbedingungen. Häufig litten sie an offener Tuberkulose, auffallend war auch die große Zahl der Pneuträger (Bruchband). In einigen Fällen wurde ausdrücklich die SED-Mitgliedschaft naher Verwandter erwähnt. Im Falle von Wolfgang E., der im Dezember 1946 im Alter von sechzehn Jahren wegen Waffenbesitz und „Werwolfstätigkeit“ zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, befürwortete sogar die gesamte SED-Ortsgruppe Niederschmon, Kreis Querfurt, eine Begnadigung. Bereits 1947 ergingen auch SMT-Urteile wegen Spionage, so gegen den ehemaligen KZ-Häftling und ersten Sprecher der Berliner Studentenschaft an der Berliner Universität Georg Wradzidlo, die Studentin Gerda Rösch und den CDU-Vertreter im FDJ-Zentralrat Manfred Klein. Alle drei wurden zu 25 Jahren Haft verurteilt.

In der erwähnten Überlieferung der ZK-Abteilung für Staats- und Rechtsfragen finden sich auch Listen mit 198 Namen älterer Häftlinge, deren Entlassung geprüft werden sollte. Darunter etwa Karl Walter, Jahrgang 1928, im April 1950 wegen „antisowjetischer Verbreitung von Gerüchten und Verleumdungen in der deutschen Bevölkerung“ zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, und Werner Wähnert, Jahrgang 1929, im Mai 1951 wegen antisowjetischer Propaganda zu 25 Jahren Haft verurteilt. Horst Wolf aus Butzbach in Hessen, Jahrgang 1923, wurde im Januar 1948 wegen Spionage und Sammlung von Material über Flüchtlinge zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.¹² Solche und ähnliche Fälle erregten die Gemüter der überwiegend jungen Menschen, die im Oktober 1948 zu der Kundgebung für die „Opfer der sowjetischen Gewaltherrschaft“ im Steglitzer Titania-Palast zusammengeströmt waren.

Doch so einfach, wie Rainer Hildebrandt und seine Freunde es sich zunächst vorstellten, konnte man eine Organisation auch im freien Teil Berlins nicht gründen. Eine Genehmigung der alliierten Kommandantur war unerlässlich.

Ernst Benda, damals Vorsitzender der Jungen Union und Mitglied des AStA der Freien Universität Berlin, wurde deswegen von Rainer Hildebrandt gebeten, gegenüber den Schutzmächten als Lizenznehmer der KgU zu fungieren. Benda schrieb am 23. April 1949 eher beiläufig in sein Tagesbuch: „Vorhin hörte ich im Rundfunk, daß die alliierte Kommandantur die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ lizenziert hat. Damit bin ich zum Lizenzträger geworden.“¹³ Neben ihm wurden noch Herbert Geissler und Dr. Birkenfeld in gleicher Funktion eingetragen. Am Sonntag, den 5. Juni 1949, fand in den

12 Abteilung für Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED: Vorschläge zur Begnadigung von SMT-Verurteilten. SAPMO-BArch, IPA, DY 30 / IV 2/13/428.

13 Ernst Benda: Tagebucheintrag v. 23. April 1949, 21.30 Uhr. Privatarchiv Ernst Benda.

Räumen der KgU eine Lizenzträgerbesprechung statt, auf der Benda zum ersten Mal mit Dr. Birkenfeld zusammentraf. Es ging bei der Zusammenkunft um Unerfreuliches. Ein Mitarbeiter der KgU hatte Gelder unterschlagen. Ernst Benda hielt in seinem Tagebuch fest, wie er die damalige Situation einschätzte. „Unglaubliche Nachlässigkeiten im Büro, für die wohl Dr. Hildebrandt verantwortlich zu machen sein wird“, hätten die Unterschlagungen begünstigt. Man sei sich einig gewesen, „daß schon in nächster Zeit energische Schritte unternommen werden müssen, um endlich geordnete Verhältnisse zu schaffen. Ich beginne die Verantwortung, die ich für diese Organisation ohne lange Überlegung mitübernommen habe, ernster zu nehmen als bisher und werde mich, soweit es möglich ist, um sie kümmern. Die Aufgaben sind so groß und wichtig, daß sie nicht durch Unfähigkeit einzelner Leute zunichte gemacht werden dürfen. Dr. Hildebrandt ist der beste Mensch von der Welt, ein hoffnungsloser Idealist, aber eben deswegen kaum in der Lage, ernste Kleinarbeit – die hier das wichtigste ist – zu leisten. Glücklicherweise gibt es unter den Mitarbeitern einige, die wirklich fähig sind. Dr. Hoffmann, der Leiter der Büroarbeit, macht einen ausgezeichneten Eindruck eines klugen sachlichen Arbeiters. Gebhardt ist an sich sein Gegenteil, temperamentvoll und immer voller Humor, aber in seiner Art ein wertvoller Mensch. Wichtig ist, daß sie beide wie wohl auch die meisten anderen die tätige Hilfe für die Opfer der Unmenschlichkeit als die eigentliche Aufgabe ansehen und sich nicht in romantische Vorstellungen über Widerstandsbewegungen – die zu organisieren nicht die Aufgabe der Kampfgruppe sein dürfte – verlieren, wie das in den Anfängen der Arbeit vor einem Jahr bei den Besprechungen oft der Fall war, ohne daß dabei natürlich je praktisch etwas herauskam.“¹⁴ Viel Zeit konnte Benda der KgU allerdings nicht mehr widmen. Er erhielt wenig später eines der vier Stipendien für einen Jahresaufenthalt an einer Universität der Vereinigten Staaten, die erstmals gewährt wurden. Als er im Herbst 1950 nach Berlin zurückkam, lasteten ihn die politische Arbeit als Bezirksverordneter der CDU sowie die Vorbereitung des juristischen Staatsexamens derart aus, daß für die Beschäftigung mit der KgU kaum noch Raum blieb.

Beunruhigt einerseits durch die Verhaftungswelle unter den DDR-Vertrauensleuten der KgU und andererseits durch Differenzen zwischen der KgU-Führung um Ernst Tillich und dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, schrieb Benda am 12. September 1951 der KgU, daß er sein „Amt als Lizenzträger zur Verfügung stelle“ und „alle Rechte und Pflichten, die aus dieser Stellung entstehen konnten, als erledigt betrachte“. Als Begründung für seinen Rückzug aus der Lizenzträgerschaft erklärte Benda:

Seit längerer Zeit sind mir gegenüber von vielen meiner Freunde, zum Teil auch in der Öffentlichkeit, sehr ernste Vorwürfe gegen die Arbeit der Kampfgruppe erhoben worden. Im wesentlichen werden die verantwortlichen Leiter der Kampfgruppe beschuldigt, in leichtfertiger Weise die Sicherheit von freiwilligen, besonders jugendlichen Mitarbeitern gefährdet zu haben. Mir sind zahlreiche Fälle mitgeteilt worden, in denen angeblich durch das Verschulden der Kampfgruppe vermeidbare Verluste aufgetreten sind. Andere Vorwürfe, auf die ich hier im Einzelnen nicht eingehen möchte, richten sich gegen einzelne Personen, die bei der Kampfgruppe arbeiten. Es war nur natürlich, daß in diesem Zusammenhang an mich als einem der Lizenzträger die Frage nach meiner Stellungnahme zu diesen angeblichen Vorgängen gerichtet wurde. Ich bin in keinem Falle in der Lage gewesen, sachlich auf derartige Vorwürfe zu antworten. Ich bin auch heute nicht in der Lage, festzustellen, ob die-

14 Benda: Tagebuch v. 5. Juni 1949. Privataarchiv Benda.

se sehr schwerwiegenden Bedenken gegen die Kampfgruppe berechtigt sind oder nicht.

Seit langer Zeit habe er keinerlei Verbindung mehr mit der KgU, und eine Lizenzträgerbesprechung sei nach seiner Rückkehr aus den USA im September 1950 zwar zugesagt, aber nie einberufen worden. Er wolle daraus keine Vorwürfe ableiten. „Es ist selbstverständlich, daß bei der Arbeit einer Organisation wie der Kampfgruppe der Kreis der Beteiligten so klein wie möglich gehalten werden muß, und es mag auch richtig sein, daß eine Beteiligung der Lizenzträger in der Weise, wie sie ursprünglich bei Gründung der Gruppe vorgesehen war, unter den besonderen Verhältnissen nicht angebracht ist. Aber ich bitte Sie auch zu verstehen, daß ich nicht länger die Verantwortung nach außen hin für eine Arbeit tragen kann, von der ich nichts weiß. Sollten darüber hinaus die mir gegenüber erhobenen Vorwürfe zutreffen, so müßte ich zu der Überzeugung kommen, daß die Auffassungen der verantwortlichen Leiter der Kampfgruppe über ihre Arbeit mit meinen Ansichten nicht übereinstimmen.“ Am Ende seines Schreibens bot Benda der KgU-Leitung „eine Aussprache über die von mir berührten Fragen“ an.¹⁵

KgU-Leiter Ernst Tillich antwortet auf Bendas Schreiben am 4. Oktober 1951 und lud ihn zu einer „intensiven Aussprache zwischen uns“ in den Dienstsitz der KgU nach Berlin-Nikolassee ein.¹⁶ Diese fand zwei Wochen später statt und hinterließ bei Benda den Eindruck, „daß bei der Kampfgruppe gründlich und im Ganzen gut gearbeitet wird. Ob unerfreuliche politische Tendenzen dahinterstecken, habe ich natürlich nicht feststellen können“, notierte sich Benda. Man sei aber „in aller Freundschaft“ auseinandergesgangen, nachdem ihm zugesichert worden sei, künftig für eine bessere Unterrichtung Sorge zu tragen. „Darüber hinaus wurde in großen Zügen eine Zusammenarbeit zwischen der Kampfgruppe und dem gesamtdeutschen Referat des RCDS vereinbart. Vielleicht kann eine engere Verbindung in dieser Richtung förderlich sein.“¹⁷ Ernst Benda blieb nach dieser für ihn zufriedenstellend verlaufenen Unterredung formell weiter Lizenzträger der KgU. Praktisch hatte er jedoch in den folgenden Jahren nichts mehr mit der Gruppe zu tun. Die Referendarszeit und die politische Arbeit in der CDU beanspruchten all seine Zeit.

Ob er sich damals – immerhin gab es Entführungen von der SED politisch mißliebigen Personen aus West-Berlin – nicht bedroht fühlte, fragten wir Ernst Benda in einem Zeitzeugengespräch. „Ja, doch“, antwortete er, „das war ganz eindeutig. Ich hatte auch Zugang zur Leitung der CDU in Berlin. Damals nannte man es immer noch Reichs-CDU, obwohl Adenauer längst seinen eigenen Weg ging. Aber in Berlin hielt man lange an der Reichsidee fest und daran, daß hier die eigentliche CDU sei und hier die eigentliche Leitung. Ich kannte die führenden Leute in Berlin recht gut, hatte ein gutes Verhältnis zu ihnen. Die hatten nun ihre Informationsquellen wahrscheinlich unmittelbar bei den Alliierten. Wenn etwa jemand verhaftet oder entführt wurde oder gar zum Tode verurteilt wurde oder derartiges, dann erfuhren sie das. Wir lasen es nicht in den Zeitungen, sondern hörten es von den zuständigen Stellen, die darüber Informationen hatten. Und das wurde mir dann entsprechend auch weitergegeben und man sagte mir, das ist eine Angelegenheit, die hätte auch Dich betreffen können zum Beispiel. Auf die Art erfuhr ich auch von unserem Freund Manfred Klein¹⁸ etwa, ein wirklich guter Freund, auch in

15 Ernst Benda: Schreiben an die KgU v. 12. September 1951. Privataarchiv Benda.

16 Ernst Tillich: Antwortschreiben an Ernst Benda v. 4. Oktober 1951. Privataarchiv Benda.

17 Benda: Tagebucheintrag v. 21. Oktober 1951. Privataarchiv Benda.

18 Manfred Klein war Mitbegründer der FDJ und für die CDU Mitglied des FDJ-Zentralrats. Er wurde am 13. März 1947 im Alter von 22 Jahren vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet. Ende 1948

persönlicher Beziehung, der dann plötzlich weg war, verhaftet, mit einem für uns ungewissen Schicksal. Wir hatten allen Anlaß, uns dafür zu interessieren, was da geschah. Und wir hatten auch noch längere Zeit Kontakt zu Leuten von der Jungen Union in der DDR oder Zone, wie man damals sagte. Das war dann die Ost-CDU. Aber das heißt ja nicht, daß alle, die dort von der Blockpartei einkassiert waren, nun plötzlich für die große sowjetische Freundschaft waren. Es waren viele dabei – und so lange das überhaupt ging, trafen wir uns mit ihnen auch in Ost- oder West-Berlin –, die dann berichteten, was vor sich ging. Die wußten darüber recht gut Bescheid.“¹⁹

Die KgU wies im April 1951 Behauptungen der SED-Propaganda zurück, sie mißbrauche Jugendliche und sogar Kinder für ihre Zwecke. In einem von Ernst Tillich unterzeichneten Flugblatt vom 11. April 1951, das „in Millionenzahl über der Sowjetzone mit Ballons“ verbreitet wurde, warnte die KgU Jugendliche vor unüberlegten Aktionen:

Laßt Euch nicht provozieren! Wir warnen Euch vor allen unüberlegten Aktionen, durch die Ihr der SED nicht ernsthaft schaden, aber Euer eigenes Leben zerstören könnt! Bewahrt Euch für den Zeitpunkt, an dem sich der Einsatz lohnen wird. Habt Vertrauen darin, daß andere und stärkere Kräfte am Werk sind, die Euch und der ganzen unterdrückten Bevölkerung der Sowjetzone zu helfen gewillt sind. Wir verlangen nicht von Euch Feigheit und Schwäche. [...] Eure Aufgabe ist nicht die, ohnmächtigen Widerstand zu leisten, sondern Kulturträger zu werden: innerlich freie Menschen für ein freies Europa der Zukunft.²⁰

Nachdem der *Spiegel* in der Ausgabe vom 19. November 1952 nun ebenfalls den Vorwurf des politischen Mißbrauchs von Jugendlichen erhoben hatte, antwortete die KgU am 21. November 1952 mit einer Presseerklärung, in der sie auf ihre Bemühungen hinwies, „junge Menschen vor unüberlegten oder fruchtlosen ‚Widerstandshandlungen‘ zurückzuhalten“. Man habe zudem mehrfach andere Organisationen „vor der Unterstützung der jugendlichen Absichten durch Ausgabe von Flugblättern usw. gewarnt“.²¹ Ob die KgU und ihr hauptamtliches Personal in ihrer praktischen Arbeit diesen Maßgaben immer gefolgt sind, muß offenbleiben. Insbesondere hatte sie keinerlei Kontrolle über die Beteiligung von Jugendlichen an Widerstandshandlungen in der DDR. Ernst Tillich hat sich freilich nach außen hin bemüht, auf die Gefahren bei Fahrten in die DDR hinzuweisen. In Beantwortung von Anfragen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen vom 12. September 1951 und der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) vom 13. September 1951, ob die KgU Informationen über die Verhaftung des Studenten Friedrich Prautsch habe, bat Tillich das Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen an der DHfP eindringlich darum, „insbesondere Studenten der Hochschule für Politik, die aus der Sowjetzone dorthin gekommen sind, immer wieder mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie das Gebiet der Sowjetzone und des Sowjetsektors nach Möglichkeiten zu meiden haben und es ausschließlich auf eigene Gefahr hin wieder betreten“.²² Das Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen gab Tillichs Brief dem Direktor der

wurde Klein von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilt und in Bautzen und Torgau bis Oktober 1956 inhaftiert.

19 Das Zeitzeugengespräch mit Prof. Dr. Ernst Benda führten Waltraud Schade und der Autor am 15. November 2008.

20 Vgl. KgU-Archiv. Material der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Sondernummer September 1955, S. 20 f.

21 Ebd., S. 21.

22 Ernst Tillich, Politischer Leiter der KgU: Schreiben an das Bundesministerium für gesamtdeutsche

Hochschule Otto Suhr und dem Senat der DHfP zur Kenntnis. Der Senat beschloß daraufhin eine Empfehlung an alle Studenten, grundsätzlich „nicht in die Sowjetzone zu fahren“. Das Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen lud Tillich ein, noch im Laufe des November an der Hochschule einen Vortrag zu halten, mit dem Thema „Wie man den Widerstandskampf nicht führen soll“.²³

Die Freie Universität Berlin und die DHfP galten beim MfS zu dieser Zeit als Ausbildungsstätten von westlichen Agenten. Staatssekretär Erich Mielke schrieb am 31. Mai 1951 in der Dienstanweisung Nr. 10/51 über die Freie Universität: „Hier werden zum Studium nur solche Personen zugelassen, die der Prüfungskommission, in der sich auch ein ständiger Vertreter der ‚Hildebrandt-Gruppe‘ befindet und deren andere Kommissionsmitglieder inoffiziell für die westlichen Geheimdienste arbeiten, die Gewähr bieten, daß diese reaktionär eingestellt, der DDR feindlich gesinnt und zur Agententätigkeit zu verwenden sind oder schon feindliche Handlungen gegen die DDR begangen haben und auch als Agenten sich bereits betätigen.“ Die Lehrkräfte seien darauf aus, „systematisch die Studenten reif für eine Agententätigkeit gegen die DDR und fortschrittliche Kräfte in Westberlin und Westdeutschland zu machen“. Mielke befahl allen Dienststeinheiten in den Ländern, die Personalien von ehemals oder noch in der DDR wohnenden Studenten festzustellen, die in West-Berlin studierten. Im Zuge der Ermittlungen sollte „alles zur Person und den Eltern, bisherige Wohnorte, politische Einstellung usw.“ herausgefunden werden. Bis zum 29. Juli 1951 waren der MfS-Zentrale Angaben zu übermitteln, ob einige der festgestellten Studenten „für evtl. Abwerbungen von G. M. und Informatoren zu benutzen“ wären.²⁴

Zum besseren Verständnis des zeithistorischen Kontextes, in dem die KgU und eine ganze Reihe anderer ähnlicher Gruppen verortet werden müssen, mag auch der Blick auf eine akademische Gedenkveranstaltung der Freien Universität (FU) beitragen, die „für Professoren und Studenten, die dem nationalsozialistischen und sowjetischen Terror zum Opfer fielen“, am 20. Juli 1951 stattfand. Veranstalter war das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), das wie sein Sprecher Dietrich Spangenberg eingangs sagte, zum ersten Mal mit einer eigenständigen Gedenkfeier an die Öffentlichkeit trat. Die Veranstaltung wurde vom RIAS übertragen. Es sprachen nach Spangenberg FU-Rektor Freiherr von Kress, Inge Scholl, Herbert Wehner (MdB, Vorsitzender des gesamtdeutschen Ausschusses) und der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter. Spangenberg übergab der Öffentlichkeit anlässlich dieser Gedenkfeier eine Liste mit Namen von Professoren und Studenten, die in der SBZ seit 1945 inhaftiert worden oder spurlos verschwunden waren. Spangenberg erläuterte in seinem Redebeitrag den Sinn der Veranstaltung folgendermaßen:

Wir haben den 20. Juli in voller Absicht für diese Gedenkstunde gewählt. In einer Zeit nämlich, in der rechtsradikale Gruppen Widerstandskämpfer gegen Hitler als gemeine Landesverräter bezeichnen, kommt es uns darauf an, durch Betonung der Gleichartigkeit des Widerstandes gegen nationalsozialistische und stalinistische Willkür, beide in ihrem verantwortungsvollen Kampf um die Freiheit zu ehren. Es gilt den Freiheitskampf der Sowjetzone in seiner Zielstrebigkeit zu fördern, indem wir alle freiheitlichen Menschen, besonders

Fragen – Abteilung II – und an die Deutsche Hochschule für Politik – Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen – v. 11. Oktober 1951. HSA/FUB, DHfP 282.

23 Schreiben des Referats für gesamtdeutsche Studentenfragen an der DHfP an Ernst Tillich v. 30. Oktober 1951. BArch, B 289, SA 1866/18/1.

24 Erich Mielke: Dienstanweisung Nr. 10/51 v. 31. Mai 1951. BStU, ZA, MfS-BdL, Dok. Nr. 002014.

aber die Widerstandskämpfer gegen totalitäre Regime vor jeder Verunglimpfung durch extreme Gruppen schützen.

Inge Scholl wies auf die totalitäre Bedrohung hin, die in Berlin besonders spürbar sei und erklärte. „Wir müssen klar erkennen, welcher tödlicher Wesenszug den totalitären Systemen eigen ist.“

Herbert Wehner appellierte insbesondere an die westdeutsche Öffentlichkeit, die Unterdrückung im Osten Deutschlands nicht zu vergessen:

Unser Volk darf nicht müde werden, unseren Landsleuten in der sowjetischen Besatzungszone muß man keine Mahnungen und Beschwörungen zurufen, aber unsere Landsleute im westlichen Teil unseres Landes sollen sich der Tatsache bewußt werden, daß sie durch ihre Haltung entscheidend dazu beitragen können, die übrige Welt zu aktiver Hilfe für die in Kerkern und Lagern schmachtenden Menschen zu gewinnen.

Er habe als Vorsitzender des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen zahllose Briefe von Eltern „verhafteter, verschleppter, verschollener, getöteter junger Menschen bekommen. Sie wollen ihre Söhne und Töchter in Erinnerung bringen. Es ist schmerzlich, daß sie das Gefühl haben, das tun zu müssen.“ Wehner beendete seine Rede mit dem Versprechen: „Wir aber wollen das Menschenmögliche im eigentlichen Sinne des Wortes, das Menschenmögliche tun, damit die in Gefangenschaft Schmachtenden befreit und die an den Opfern begangenen Untaten, gesühnt werden.“

Ernst Reuter schließlich sprach auch über die Opfer des Widerstandes gegen das SED-Regime:

Meine lieben jungen Freunde, meine lieben Studenten hier an der Freien Universität, die Sie das Glück haben, in einer freien Luft atmen und leben zu können. Vergessen Sie niemals, daß das Leben keinen Sinn hat, wenn der einzelne nur an sich denkt und nur sein eigenes Ziel im Auge hat, daß das Leben nur einen Sinn hat, wenn zwar der einzelne weiß, daß er in Freiheit leben kann, wenn aber der einzelne entschlossen ist, das Leben zu geben für seine Brüder. Denn nur der Mensch, der dazu entschlossen ist, ist ein wirklicher Mensch.

Unter Bezugnahme auf den während der Blockade gezeigten „Berliner Freiheitswillen“ beendete Reuter seine Rede mit den beschwörenden Worten:

Möge der Geist uns alle hier in diesem Berlin immer zusammenhalten, dann ist mir nicht bange um die Zukunft, dann wird die Gedenkstunde kommen, in der Trauer und die Erinnerung an die Toten zusammenklingen wird mit der Freude darüber, daß der große Tag der Freiheit gekommen ist.²⁵

Das mag für heutige Zeitgenossen arg pathetisch klingen. Doch wäre die Selbstbehauptung Berlins in den Auseinandersetzungen der damaligen Zeit ohne dieses Freiheitspathos wohl kaum zu haben gewesen. Denn es ging um das Überleben West-Berlins in Freiheit, und es ging um die Hilfe und Solidarität für jene Menschen, die der diktatorischen Formierung in der SBZ und DDR unter Lebensgefahr ihren Widerstand entgegen-

25 Vgl. Gedenkstunde der Freien Universität für Professoren und Studenten, die dem nationalsozialistischen und sowjetischen Terror zum Opfer fielen. Eine Abschrift der RIAS-Übertragung findet sich in den Überlieferungen des Gesamtdeutschen Ministeriums unter BArch, B 166/1219.

setzten. Ohne ein Verständnis für diese Zeitumstände können die handelnden Akteure dieser Zeit schwerlich beurteilt werden.

Verrat und Tod – Die Affäre Hiecke

Ab dem Frühjahr 1951 häuften sich in der DDR die Verhaftungen von Oppositionellen. In allen Teilen der DDR gingen die Geheimpolizei der Besatzungsmacht und die Stasi gegen Oppositionelle und kleine Widerstandsgruppen vor. Am 8. oder 9. September 1951 wurde in Treptow der ehemalige Mitarbeiter der KGU Hanfried Hiecke festgenommen. Hiecke, Decknamen „Fred Walter“, verriet bei den Vernehmungen alle ihm bekannten antikommunistischen Widerstandsgruppen und Kontaktleute der KGU im sächsischen Raum. Die KGU hat sich später selbst intern mit den Hintergründen der damaligen Verhaftungswelle befaßt. In einem 1956 entstandenen Dossier über die „Verhaftung von Mitarbeitern der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ in Sachsen in Zusammenhang mit der Verhaftung der ehemaligen Mitarbeiter ‚Walter‘ und ‚Junker‘ in Berlin, September 1951“ wurde davon ausgegangen, daß die Verhaftungswelle in Sachsen etwa 200 Personen betraf. Dies sei sicher nicht allein auf den Verrat Hieckes zurückzuführen, wenn er auch „als einer der Hauptschuldigen“ zu gelten habe.²⁶ Walter war seit 1949 freier Mitarbeiter der KGU und dann ab 1. Oktober 1949 ihr Angestellter. Er arbeitet zunächst als Mitarbeiter und dann bis Mitte 1950 als Leiter der KGU-Zentralkartei. Ab August 1950 gehörte er der Abteilung II b an, die über ein Netz von V-Leuten Verbindung mit Widerstandsgruppen in der DDR hielt. Hiecke wurde formell am 1. Juli 1951 aus dem Arbeitsverhältnis mit der KGU entlassen, die Kündigung wurde bereits zum 1. Juni 1951 wirksam. Der eigentliche Grund für sein Ausscheiden war laut KGU-Dossier seine Tätigkeit „für eine alliierte Dienststelle – wahrscheinlich MID“. Der engste Mitarbeiter Hieckes war der ehemalige V-Mann „Junker“, alias Günther Malkowski, Jahrgang 1926. Malkowski sei im Januar 1951 von Hiecke bei der KGU registriert worden. Er soll zu diesem Zeitpunkt mit einem Kreis von angeblich 15 Oppositionellen in der DDR Kontakt gehabt haben. Malkowski soll in der Zeit zuvor nach Informationen der KGU für „Ausländer“ gearbeitet haben. Seit März 1951 sei er bei der KGU „nicht mehr aufgetreten“.

Die folgenden Absätze des Dossiers enthalten Auszüge einer Stellungnahme von „E. T.“ (Ernst Tillich) zu Günter Malkowski. Beim Aufnahmegespräch in die Deutsche Hochschule für Politik im Jahre 1949 hatte Malkowski demnach geäußert, gelegentlich Aufträge für den französischen Geheimdienst in der DDR zu erledigen. Tillich will ihn später unter vier Augen wegen dieser Äußerung kritisiert und ihm geraten haben, die Geheimdienstarbeit zu unterlassen. „Hernach hörte ich lange nichts mehr von ihm (abgesehen davon, daß ich ihn in den Vorlesungen sah), bis sein Name auf einmal in der KGU als ‚Mitarbeiter‘ von Walter oder anderen auftauchte.“ Tillich erklärte weiter, er habe Malkowski angesprochen und ihm als Geschäftsführer der KGU bedeutet, daß seine Mitarbeit unerwünscht sei. „Ich verbot Dr. Hofmann und Walter, irgendwelche weiteren Arbeitsbeziehungen zu J. zu unterhalten.“ Im Frühjahr 1951 sei Malkowski wieder bei Hiecke aufgetaucht. Daraufhin will Tillich ihm Hausverbot erteilt haben. Als er später mit der Mutter sprach, habe er den Eindruck gewonnen, daß sie mit der Tätigkeit ihres Sohnes einverstanden war. „Ihr Mann war, glaube ich, Offizier gewesen und sie maß ihren Sohn an dem Maß an Tapferkeit und nationaler Einsatzbereitschaft. Psychologisch

26 Gerhard Finn benennt in seinem Buch über die KGU vier Geheime Mitarbeiter (GM) des MfS, die interne Informationen aus der KGU geliefert haben. Vgl. Finn: Nichtstun ist Mord, S. 73 ff.

gewann ich den Eindruck, daß von Seiten der Mutter gegenüber dem Sohn eine Überforderung stattgefunden hat.“

Nach diesem undatierten Zitat Tillichs heißt es weiter, daß Hiecke und Malkowski nach ihrem Ausscheiden eine eigene Organisation „aufzogen“, die „anscheinend zunächst für MID arbeitete, dem Vernehmen nach – wofür es aber keine rechte Bestätigung gibt – später auch für CIC und den britischen Secret Service“. Das Büro der „Organisation“ habe sich in der Wohnung der Mutter Malkowskis, Ilse Otto, am Rüdeshheimer Platz befunden. Nach ihrem Ausscheiden aus der KgU hielten Hiecke und Malkowski mit den Widerstandsgruppen in Sachsen auf eigene Faust weiter Verbindung. Bereits im Juli 1951 traten „heftige Unstimmigkeiten zwischen den V-Leuten und der Walterschen Organisation auf, die sich in der Hauptsache gegen Junker richteten“, der als Instrukteur den direkten Kontakt zu ihnen hielt. Grund der Unstimmigkeiten war, „daß Walter schon bald die Finanzen ausgingen“ und es auch seinerseits zu Verleumdungen der KgU kam. Gleichwohl beließen Walter und Junker die meisten Gruppen im Glauben, daß sie für die KgU arbeiteten. „Am 8.9.51 wurde Junker in Ostberlin verhaftet. Am gleichen Abend um 23:45 Uhr wurde in Weißwasser der Mittelsmann Junkers Fritz Lehmann („Jacob“) verhaftet, von dem Junker gerade kam.“ Dessen Ehefrau konnte nach mehreren Vernehmungen am 16. September 1951 nach Berlin flüchten und die KgU über die ersten Festnahmen nach Hieckes Verrat informieren.

Über Hieckes Verhaftung ist dem Dossier folgende Version zu entnehmen: Am 8. September 1951 abends habe Junker bei seiner Mutter angerufen, eine „ganz große Sache“ sei im Gange, er benötige die Mithilfe seiner Mutter und die von Hiecke. Dieser habe einige Zeilen an seine Frau hinterlassen und sei zum Bahnhof Treptow gefahren, wo er selbst dann offenbar festgenommen wurde. Er habe aber schon kurz darauf seine Frau angerufen und sich Berichten zufolge mit ihr getroffen. Ihr sei in der Folgezeit nichts geschehen, obwohl sie im Ostsektor „einzukaufen pflegte“, und auch nicht, als sie zur Taufe ihres Kindes in die DDR fuhr.²⁷ Hanfried Hiecke kam, nachdem er den sowjetischen Vernehmern alles, was er wußte, gesagt hatte, schon bald wieder frei und erhielt eine Arbeitsstelle. Die von ihm verratenen Widerstandskämpfer wurden zum Tode oder zu langjähriger Haft und Zwangsarbeit verurteilt. Nach Konrad Adenauers Gesprächen mit der sowjetischen Führung im September 1955 begann die Sowjetunion, die überlebenden deutschen Kriegsgefangenen und politischen Häftlinge zu entlassen. Viele ehemalige Kontaktleute der KgU meldeten sich bei der Organisation, um Starthilfe nach dem Häftlingsentschädigungsgesetz zu bekommen und um über ihre Haftgeschichte zu berichten. Die KgU sah sich von seiten der Rückkehrer auch mit massiven Vorwürfen konfrontiert. Das dürfte auch einer der Gründe für das Zustandekommen des oben zitierten Dossiers aus dem Jahre 1956 gewesen sein.

Stellvertretend für andere sei hier auf einen Briefwechsel der KgU mit Gerhard C. verwiesen, der im Dezember 1955 aus Workuta zurückgekehrt war. Gerhard C. erhob heftige Anschuldigungen gegen die KgU, die nichts für ihn, seine Frau und drei Kinder getan habe, nachdem diese aus der DDR geflohen waren. Er bat um Bescheinigung seiner Mitarbeit bei der KgU und erwähnte, daß seine Verurteilung zu viermal 25 Jahren mit den Aussagen von Hiecke und dem in die KgU eingeschleusten sowjetischen Agenten From-

27 Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Dossier v. 29. Juni 1956 über Verhaftung von Mitarbeitern der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ in Sachsen in Zusammenhang mit der Verhaftung der ehemaligen Mitarbeiter „Walter“ und „Junker“ in Berlin. September 1951. BArch, B 289, SA 482/220-171-18/1 (KgU 09807/1).

me zusammenhing. Gerhard C. hatte Ende 1950 mit der KgU Verbindung aufgenommen und wurde nach einer Überprüfung zu einem gewissen Fred Walter weitergeleitet, dem er von Anfang an mißtraute und deswegen auch keine Auskünfte über seine Gruppe in der DDR gab. Er sei dann beim nächsten Aufenthalt (nach vier Wochen) von einem Herrn Malik empfangen worden, der ihm erklärte, man habe sich von Walter trennen müssen, da er für eine ausländische Macht arbeitete. Nach seiner Verhaftung Ende September 1956 wurden Gerhard C. bei den Vernehmungen Aussagen Walters in deutscher Sprache vorgelesen, deren gesamter „Gehalt erlogen“ war. Walter sei nie in seiner Wohnung gewesen und er habe auch keine Aufträge für ihn ausgeführt. Er sei auf Grund der Aussagen Walters verurteilt worden. Mit seinen Aussagen und seinen Namenslisten, an die er durch unzulängliche Sicherheitsvorkehrungen der KgU herangekommen sein müsse, habe er „uns alle ausgeliefert“. Das sei gelinde gesagt „Fahrlässigkeit“. Über Malkowski schrieb Gerhard C.:

Der einzige, der tatsächlich ein Mann war, ist Junker alias Malkowski, er hat bis zuletzt geschwiegen und alles das ertragen, was ich ertragen habe. Leider ist über den Verbleib von ihm mir nichts bekannt, das letzte ist, daß er in Karlshorst gewesen ist und angeblich ein Todesurteil erhalten hat, was aber nichts besagt, denn fast alle mit Todesurteil sind begnadigt worden.

Am Ende seines Schreibens beteuerte Gerhard C., er wolle es sich ersparen, über seine „Leidenszeit“ in der Haft zu berichten.

Sie können sich sicher denken, daß dieselbe oft unmenschlich war und daß wir alle körperlich und vor allem seelisch einen gewaltigen Knacks erlitten haben. Trotzdem erkläre ich mich jederzeit bereit, für die Freiheit und Menschenwürde jederzeit einzustehen gegen alles, was sich dagegen stellt.

Als ehemaliger politischer Gefangener wisse er nur zu gut, „was Freiheit und Menschenwürde bedeutet und es gilt heute mehr denn je dieses Ideale hochzuhalten“.²⁸

Alter Senf frisch aufgetischt – Die Affäre Heitzer

Ein vom Potsdamer ZZF, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem sächsischen Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen am 4. September 2008 in Berlin vorgestelltes Buch von Enrico Heitzer „Affäre Walter“. *Die vergessene Verhaftungswelle*, versucht in weiten Teilen die alte von Hanfried Hieckes verbreitete Propagandastory über die KgU in das Gewandt historischer Objektivität zu hüllen.²⁹ Heitzer ist Doktorand am ZZF und wird dort von einem Mann betreut, der sich schon zu DDR-Zeiten mit „konterrevolutionären Organisationen“ wie der Jungen Union und dem RCDS „wissenschaftlich“ beschäftigt hat. Bei Heitzer findet Hanfried Hieck nur unter seinem früheren Decknamen „Fred Walter“ Erwähnung. Es sei ihm nach längeren Recherchen gelungen, schreibt Heitzer, diesen Zeitzeugen, „den mutmaßlichen Verursacher der Festnahmeaktion“, ausfindig zu machen. „Wir vereinbarten, dass seine Anonymität bestmöglich gewahrt bleibt.“ Viele „grundlegende Informationen sowie eine Fülle an Einzelheiten, die in das Buch eingeflossen sind“, seien „nur seiner Kooperationsbereitschaft zu verdan-

28 Der Briefwechsel zwischen Gerhard C. und der KgU v. Januar 1956 findet sich unter BArch, B 289, OA – 4/533 (KgU 102).

29 Hätte sich auf dieser Veranstaltung nicht Lutz Utecht, der jüngere Bruder des in Sibirien erschossenen FU-Studenten Wolf Utecht, mit einer kritischen Stellungnahme in die Diskussion eingemischt, so wären die ungeheuerlichen Entgleisungen, die sich Heitzer in diesem Buch leistet, sang- und klanglos über die Bühne der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gegangen.

ken“. Aber mehr noch: „Der Verbindung zu ‚Walter‘ ist auch maßgeblich geschuldet, dass das Buch eine andere Richtung erhalten hat, als ursprünglich beabsichtigt war.“ Zunächst habe er seine Recherchen mit der Annahme begonnen, die Verhaftungswelle vom Herbst 1951 sei ein Aspekt der „Repression gegen politischen Widerstand“ gewesen. Doch dann fand Heitzer im September 2007 „Fred Walter“. Die „Gespräche mit ihm änderten Ausrichtung und Zuschnitt der Arbeit erheblich“. Nun „wurde die Studie eindeutiger auf die schwer durchschaubare Welt der Nachrichtendienste ausgerichtet“.³⁰ Über die „schwer durchschaubare Welt der Nachrichtendienste“ ist in Heitzers Buch allerdings nichts Neues zu erfahren. Sein Chef-Zeitzeuge „Fred Walter“ gab ihm darüber offenbar keine Auskünfte. Dabei hätte er mit Sicherheit einiges über seine Zusammenarbeit mit der sowjetischen Geheimpolizei und der Stasi berichten können. Aber er hatte sich ausbedungen, wie Heitzer treuherzig schreibt, „dass es in den Gesprächen Tabus geben werde, Themen, zu denen er keine Auskünfte geben werde“.³¹ Sehr redefreudig war „Walter“ hingegen, wenn es darum ging, die Opfer seines Verrats zu diffamieren und in ein falsches Licht zu rücken. Das ist schlimm genug. Ein Skandal ist es aber, daß sich ein Doktorand, der „großzügig mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziert“ wird,³² von einem Spitzel und skrupellosen Verräter die Feder führen läßt, von einem Mann, der durch seine Informationsweitergabe Todesurteile und langjährige Haftstrafen für Gegner der kommunistischen Diktatur mitzuverantworten hat.

Es ist durchaus nachvollziehbar, daß Hanfried Hiecke, der durch erfundene Anschuldigungen zahlreiche Widerstandskämpfer der sowjetischen Mordmaschinerie ausgeliefert hat, heute anonym bleiben möchte und im nachhinein nach Rechtfertigungen für seinen Verrat sucht. Nicht nachvollziehbar ist, daß ein Historiker die Selbstrechtfertigungen eines derart schwer belasteten Mittäters, dem die Beihilfe zu mehrfachem Mord vorzuwerfen ist, für bare Münze nimmt und mit Mitteln der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Potsdamer ZZF unter die Leute bringt. Das wichtigtuerische Herumwedeln mit der Anonymität seines Kronzeugen ist jedoch in Anbetracht des offenen Auftretens von Hanfried Hiecke für die SED-Propaganda reine Schaumschlägerei. Hanfried Hiecke ist aber nicht nur durch die 1953 erschienene Broschüre *Deckname Walter* weithin bekannt, sein Name ist auch der einschlägigen Literatur über die KGU zu entnehmen.³³ Doch Heitzer gefällt sich in der Rolle des Geheimnisträgers. Nicht nur „Fred Walter“ wollte er anonym bleiben lassen, auch zwei „KGU-Angestellte“ treten unter Decknamen – „Erika Dabendorf“ und „Lisa Richter“ – als Zeitzeugen auf, sowie weitere, „die nicht namentlich genannt werden wollen“. Diese Präsentation von anonymen Zeitzeugen, deren Aussagen nicht überprüfbar sind, erstaunt schon, wenn der Autor des Buches doch angeblich eine wissenschaftliche Arbeit über die „schwer durchschaubare Welt der Nachrichtendienste“ vorzulegen beansprucht.

Heitzer hat diesen Anspruch zwar kühn verkündet, aber nicht eingelöst. Sein Kronzeuge Hiecke schwieg sich offenbar gerade zu diesem Aspekt aus. Dagegen diktierte

30 Heitzer, Enrico: „Affäre Walter“. Die vergessene Verhaftungswelle. Berlin 2008, S. 13 f.

31 Ebd.

32 Heitzers Danksagung, ebd., S. 7.

33 Vgl. Merz, Kai-Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987, S. 184. Die von Kai-Uwe Merz in den Studien zur Zeitgeschichte 1987 vorgelegte KGU-Geschichte ist in ihrem Bemühen um eine objektive Darstellung der damaligen Zeitumstände und politischen Kontroversen nach wie vor beispielhaft, obwohl Merz damals nicht die heute zugänglichen Archive nutzen konnte.

Hiecke zu seiner Selbstrechtfertigung Heitzer die SED-Mär in die Feder, daß Widerstand und Opposition in der frühen DDR vor allem das Werk von unverbesserlichen Nazis gewesen seien. Um auf eine möglichst hohe Zahl von Unverbesserlichen zu kommen, sorgte Heitzer durch eine recht eigenwillige Rubrizierung ihrer Vergangenheit für die gewünschten „Belastungen“ aus der NS-Zeit. Die entsprechende Rubrik in einer Liste über „Personen, mit denen ‚Walter‘ zusammen gearbeitet hat“, trägt die Überschrift „militärisches Vorleben und NS-Vergangenheit“. Hier werden Nazi-Funktionäre wie der „NSDAP-Ortsgruppenleiter Beelitz“ genannt, Angaben gemacht wie „NSDAP-Beitritt 1933“ oder „Angehöriger einer SS-Polizei-Ersatzabteilung“, aber auch solche wie „Feldwebel der Wehrmacht“, Mitgliedschaft in der „Waffen-SS Januar 1945“, Einberufung zur „Kriegsmarine 1943–1945“, Einberufung zur „Wehrmacht 1945“, „mehr als 12 Jahre Reichswehr/Wehrmacht“, „Kriegsmarine 1940–1945, Torpedoboot“ oder „Gruppenleiter, vor 1933 in Hitlerjugend, Fallschirmjäger, wahrscheinlich Offizier“. Es ist angesichts des damaligen Bevölkerungsdurchschnitts ein ziemlicher Unsinn, mit einer solchen Auflistung die SED-Legende von der „faschistischen Verschwörung“ untermauern zu wollen. Das Vorleben als Feldwebel oder siebzehnjähriger Kindersoldat läßt keinen seriösen Schluß auf die politische Haltung einer Person im Jahre 1951 zu.

In Thüringen etwa waren 1948 schon 5,3 Prozent der SED-Mitglieder ehemalige NSDAP-Angehörige. Bis 1954 stieg ihr Anteil auf insgesamt 8,6 Prozent. In einzelnen Bezirksverbänden lagen die Spitzenwerten der zur SED bekehrten Nazis bei 12,5 Prozent (Magdeburg) oder 15,4 Prozent (Erfurt). Rechnet man NS-Gliederungen wie NSKK, HJ oder BDM hinzu, so hatten 1954 in Erfurt 35,8 Prozent der SED-Mitglieder eine „braune“ Vergangenheit.³⁴ Die SED hat durch ihre Art der Vergangenheitsbewältigung dafür Sorge getragen, daß genauere Angaben über die Wiederverwendung von NSDAP- und Wehrmachtsangehörigen nicht bekannt wurden. Gleichwohl hielt sich die SED-Führung durch parteiinterne Erhebungen über den Stand der Dinge stets exakt auf dem laufenden. Das Politbüro der SED ließ regelmäßig geheime Statistiken über die Zahl ehemaliger NS-Parteigenossen in der SED anfertigen. So waren unter den 400 Mitgliedern der DDR-Volkskammer 31 ehemalige NSDAP-Leute, neun weitere hatten NS-Untergliederungen angehört und 26 der HJ bzw. dem BDM. Diesen insgesamt 66 Abgeordneten mit NS-Vergangenheit standen 85 gegenüber, die vor 1933 der SPD bzw. KPD angehört hatten, sowie 24 Mitglieder bürgerlicher Parteien. 17 Volkskammerabgeordnete waren aus dem sowjetischen und 18 aus westlichem Exil zurückgekehrt, 57 hatten eine politische Haft hinter sich. Ähnlich wie im Bundestag saßen also auch in der Volkskammer neben NSDAP-Leuten die Emigranten und ehemalige politische Häftlinge des NS-Regimes.

Nicht viel anders als im Westen sah es in der Volkskammer bei den Kriegsteilnehmern aus. 175 Volkskammerdelegierte hatten in der Wehrmacht gedient, 29 davon als Offiziere, 23 als Ober- bzw. Feldwebel, 23 als Unteroffiziere. Immerhin 51 Abgeordnete waren in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen, hatten demnach also am „Vernichtungskrieg“ im Osten teilgenommen. Da 23 Abgeordnete in der Statistik nicht erfaßt waren, dürfte die Zahl der NS- und Wehrmachtsangehörigen in der Volkskammer noch etwas höher gelegen haben.³⁵ In den 15 Bezirksräten der DDR besaß die Wehrmachtsfraktion mit 52,73 Prozent sogar die absolute Mehrheit. Aus der NSDAP stammten zwölf von

34 Vgl. Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953. Paderborn u. a. 2000, S. 502 ff.

35 Otto Schön: Protokoll Nr. 39/58 des Politbüros des Zentralkomitees der SED v. 16.9.1958. SAPMO-BArch, IPA, DY 30/J IV 2/2A – 651.

256 Ratsmitgliedern, zehn hatten NS-Frontorganisationen angehört und 13 der HJ oder dem BDM. Insgesamt 35 Ratsmitgliedern mit NS-Vergangenheit saßen 41 aus den Arbeiterparteien und drei aus bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik gegenüber. Die Zahl der Reemigranten lag deutlich niedriger als in der Volkskammer, nur einer war aus dem sowjetischen und sechs waren aus dem westlichen Exil zurückgekehrt.³⁶

Der Blick nach unten, in die Niederungen einer Kreisorganisation der SED im Berliner Arbeiterbezirk Pankow, zeigt, daß dort sechs Jahre nach der Zerschlagung des NS-Regimes 339 ehemalige Nationalsozialisten in diese insgesamt 4 970 Mitglieder starke Kreisparteiorganisation aufgenommen worden waren. Die Zahl der Kriegsteilnehmer ist der Statistik aus dem Jahr 1951 nicht zu entnehmen, wohl aber die der ehemaligen Kriegsgefangenen. Sie belief sich in dieser Kreisorganisation auf 778, wovon 265 an der Ostfront in sowjetische Gefangenschaft geraten waren.

Die SED konnte sich ebensowenig wie die westdeutschen Parteien ein neues Volk auswählen. Die Bewertung von Widerstand und Opposition in der frühen DDR kann nur auf der Grundlage jener Ziele und politischen Vorstellungen erfolgen, die von den damaligen Gegnern des SED-Regimes selbst formuliert wurden. Es mag auch den einen oder anderen unverbesserlichen Nazi in den kleinen Gruppen gegeben haben, die sich in der DDR gegen die kommunistische Diktatur zur Wehr setzten. Überwiegend aber spricht aus den Flugblättern und Dokumenten, die damals kursierten, ein ähnliches Freiheitspathos, wie es nur wenig später in den Losungen des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 zu entdecken war. Denn die politische Orientierung des Volksaufstandes ist am 17. Juni 1953 keineswegs aus dem Nichts gekommen. Neben der Ausstrahlung des westdeutschen Modells nahmen die Aufständischen natürlich auch Elemente der von kleinen Widerstands- und Oppositionsgruppen seit 1949 verbreiteten Ideen auf. Im Mai 1951 schrieb eine in den Westen geflüchtete Frau an Ernst Tillich, sie habe mit anderen Gleichgesinnten seine RIAS-Kommentare gehört. „Mit ganzer Seele haben wir uns gegen den Druck der Kommunisten gewehrt [. . .]. Wir kämpften für die Freiheit, nicht mit Waffen aber auf unsere von Ihnen geleitete Art.“³⁷ Den Einsatz für Freiheit und Demokratie nach westdeutschem Vorbild mit Hilfe einer Auflistung „über das Vorleben von Personen mit denen ‚Walter‘ zusammen gearbeitet hat“ als Werk verbohrrer Nazis zu diffamieren, ist schlichte Roßtäuscherei.

Wie unlauter Heitzer seine auf Hiecke gestützte These von dem Naziverseuchten Widerstand gegen die SED-Diktatur unter Verfälschung der Biographie des 1952 in Moskau ermordeten FU- und DHfP-Studenten Günter Malkowski ins Werk setzt, schlägt allerdings dem Faß den Boden aus. Heitzer verbreitet Hieckes Lügen über Malkowski und kritisiert in diesem Zusammenhang auch noch die Würdigung des in Moskau hingerichteten Studenten durch die Freie Universität Berlin: „An ihn und neun weitere hingerichtete Studenten erinnert seit September 2007 eine Bronzeskulptur hinter dem Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin, weil sie ‚für die Freiheit ihr Leben verloren haben‘. Bei den anderen mag das zutreffen, bei Malkowski, der ‚Walters‘ Angaben zufolge im besten Fall lediglich immatrikuliert gewesen ist, aber nicht studiert hat, ist diese Inschrift jedoch zumindest fragwürdig. Seine NAPOLA-Vergangenheit, seine Begeisterung für ‚deutsche Ehre‘ und ‚deutsche Treue‘ sowie die Pflege alter NAPOLA-

36 Otto Schön: Protokoll Nr. 43 des Politbüros des Zentralkomitees der SED v. 14.10.1958. SAPMO-BArch, IPA, DY 30/J IV 2/2A – 659.

37 BArch, B 289, OA – 1821/3.

Freundschaften bis zu seiner Festnahme sprechen nicht dafür, daß er für ‚Freiheit‘ im demokratischen Sinn aktiv gewesen und letztlich auch gestorben ist.“³⁸

„Walter“ zufolge? Heitzer stützt sich bei seinen herabsetzenden Behauptungen über Malkowski zum einen auf Hanfried Hiecke, zum anderen auf die weiter oben zitierte Stellungnahme Ernst Tillichs, die er folgendermaßen interpretiert: „Als Sohn eines Offiziers wurde er von seinem Elternhaus in einem hohen Maße ‚an Tapferkeit und nationaler Einsatzbereitschaft‘ gemessen.“ Von einem Elternhaus war aber bei Tillich gar keine Rede, sondern von der Mutter, „sie maß ihren Sohn an dem Maß an Tapferkeit und nationaler Einsatzbereitschaft“, die nach Tillichs Vermutung den Vater ausgezeichnet haben soll. Die Mutter habe ihn damit – wiederum nach Tillichs Meinung – überfordert.³⁹ Der Vater aber war gar nicht mehr im Haus. Das „Elternhaus“ Malkowskis existierte seit Anfang der dreißiger Jahre nicht mehr. Die Ehe wurde geschieden, als Günter Malkowski etwa fünf Jahre alt war. Er wuchs bei seiner alleinerziehenden Mutter auf. Mag sein, daß sie ihn in diesem von Tillich 1956



Abb. 3: Günter Malkowski (1926–1952).

– vier Jahre nach Malkowskis Hinrichtung – gemutmaßten Sinne erzogen hat. Freilich hatte sie dafür nicht viel Zeit. Da sie, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, arbeiten mußte, meldete sie ihren Sohn im Jahr 1937 bei der Potsdamer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (im Volksmund Napola genannt) an. Günter Malkowski war zu diesem Zeitpunkt elf Jahre alt. Im Alter von 16 Jahren wurde Malkowski Luftwaffenhelfer im Raum Stettin. Am 5. Januar 1944 kam er als Siebzehnjähriger zur Kriegsmarine. Nach einer Verwundung endete der Krieg für ihn in Norwegen. Aber das von Heitzer ausgedachte „Elternhaus“ Malkowskis bleibt nicht die einzige Konstruktion zwecks Herstellung der benötigten Nazibiographie.

In den wenigen schriftlichen Überlieferungen, die Malkowski hinterlassen hat, distanzierte er sich eindeutig vom Nationalsozialismus. Er trat nach eigenen Angaben Ende 1945 in Leipzig, wo seine inzwischen in zweiter Ehe verheiratete Mutter lebte, der SPD bei und gehörte zu den Gegnern der Zwangsvereinigung mit der KPD. Obwohl dies in der Internetchronik der FU seit langem publiziert ist, verschweigt Heitzer diese Fakten in seinem Buch. In Malkowskis Bewerbung für ein Studium an der FU hieß es: „In meiner Militärzeit wurde mir durch die Absurdität der nationalsozialistischen Ideologie der Wert einer gut fundierten und selbst erarbeiteten Weltansicht und durch Wissen gesicherten Urteilskraft zur Triebfeder meiner späteren Studienabsichten.“ Auch Malkowskis SPD-Mitgliedschaft verschweigt Heitzer, obwohl sie aus den KgU-Überlieferungen hervorgeht, die er aber nur in dem Sinne zitiert, wie sie ihm ins akademische Antifa-Bild passen.⁴⁰

38 Heitzer: Affäre Walter, S. 160.

39 Vgl. Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Dossier v. 29. Juni 1956. BArch, B 289, SA 482/220-171-18/1 (KgU 09807/1).

40 Vgl. Schreiben des SPD-Parteivorstandes vom 5. September 1950. Darin wurde auf Anfrage der

Gestützt auf Hieckes zweifelhafte Aussagen behauptet Heitzer nun, ohne dem eindeutig widersprechende Überlieferungen zu berücksichtigen, daß Günter Malkowski „nicht studiert hat“. Ein Angebot des Verfassers, die Kopien von Malkowskis Studentenakte einzusehen, nahm Heitzer nicht wahr. Denn Hieckes ohnehin dubiose Erinnerungen trügen auch im Falle Malkowskis. Im FU-Archiv befinden sich Studienbescheinigungen Malkowskis und Beurteilungen durch Dozenten, auch eine Prüfungsanmeldung an der DHfP ist überliefert. Richtig ist, daß Günter Malkowski an Seminaren teilgenommen und von seinen Dozenten, wie es damals üblich war, Beurteilungen erhalten hat. Zwei mit der DHfP-Akte Malkowskis überlieferte Beurteilungen belegen eindeutig, daß er seinen Hochschullehrer als Student bekannt war. Dr. Werner Ziegenfuß bescheinigte am 19. Oktober 1950 Günter Malkowski in seinem Prüfbescheid die Teilnahme an der Vorlesung „Einführung in das philosophische Denken“. Unter der Rubrik „Ergebnis“ merkte Ziegenfuß an:

M. besitzt eine ausgezeichnete wissenschaftliche Begabung, die er in der philosophischen Arbeit verständnisvoll in den Dienst des politischen Denkens stellt. In diesem Sinn hat er das genannte Kolleg lebendig aufgefaßt und fleißig verarbeitet. Nach seiner charakterlichen Haltung, die mir persönlich bekannt geworden ist, erscheint mir M. als eines Stipendiums im besonderen Maße würdig.

Professor Eugen Fischer-Baling benotete in seinem Prüfbescheid vom 3. März 1951 Malkowskis Leistung als „voll befriedigend“. Fischer-Balings Beurteilung lautete: „Herr M. hat ein Referat gehalten, das bei anerkannter gründlicher Arbeit einen starken Mangel an historischer Kritik zeigte. Er ist aufgeweckt u. kenntnisreich, nur etwas quer.“

Doch selbst ohne das Hochschularchiv der Freien Universität wußte Heitzer um die Fragwürdigkeit der von ihm widerspruchslos kolportierten Desinformationen Hieckes. In genau jener von Heitzer selbst zitierten KgU-Aktennotiz über Günter Malkowski findet sich Ernst Tillichs Hinweis, „daß ich ihn in den Vorlesungen sah“.⁴¹ Heitzer verschweigt augenscheinlich Tillichs Hinweis auf Malkowskis Teilnahme an Lehrveranstaltungen absichtlich, weil das nicht mit den Aussagen seines Kronzeugen Hanfried Hiecke in Deckung zu bringen wäre.

Die von Heitzer als Indiz für eine undemokratische Gesinnung angeführte Tatsache, daß Malkowski 1937 im Alter von elf Jahren auf eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt (NPEA) geschickt wurde, hat er in seiner Studienbewerbung an der FU übrigens nicht verschwiegen. Die NPEA-Zugehörigkeit im Alter von elf Jahren reicht Heitzer jedoch, um Malkowski in die Liste mit der Überschrift „militärisches Vorleben und NS-Vergangenheit“ einzuordnen. Um die Absurdität dieser Nazi-Applikation zu verdeutlichen, seien hier einige andere NPEA-Zöglinge genannt, als da wären Günther Gaus, Hardy Krüger, Alfred Herrhausen, Helmut Karasek, Hans Müncheberg (DDR-Fernsehautor), Werner Lamberz (SED-Politbüro), Manfred Ewald (Präsident des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR, Mitglied im ZK der SED), Rüdiger von Wechmar (Regierungssprecher Willy Brandts), Theo Sommer (*Die Zeit*) und Lothar-Günter Buchheim. Würde

KgU mitgeteilt, daß Malkowski „ordnungsgemäß nach Dahmendorf/Mark abgemeldet wurde“ und von dort auch wieder eine „ordnungsgemäße Rückmeldung erfolgt“ ist. BArch, B 289, OA - 387/5 (KgU 3328).

41 Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: Dossier v. 29. Juni 1956 über die Verhaftung von Mitarbeitern der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ in Sachsen in Zusammenhang mit der Verhaftung der ehemaligen Mitarbeiter „Walter“ und „Junker“ in Berlin, September 1951. BArch, B 289, SA 482/220-171-18/1 (KgU 09807/1).

man Heitzers Kriterien an die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime anlegen, so dürfte der meisten Verschwörer des 20. Juli 1944 nicht gedacht werden.

Vergeßt sie nicht!

Am 7. Juli 1960 wandte sich Ilse Nitschke, vormalige Otto, aus Frankfurt am Main an den Vorsitzenden des Studentenrates der DHfP und teilte mit, daß sie von der Botschaft der UdSSR in Bonn die Bestätigung für den Tod ihres Sohnes Günter Malkowski erhalten hatte. Man habe ihr mitgeteilt, Malkowski sei 1952 in sowjetischer Haft verstorben. Am 26. Juli 1960 übermittelte Prof. Dr. von Eynern im Namen des Otto-Suhr-Instituts Ilse Nitschke sein Beileid. „Es ist in der Tat ein schweres Verhängnis, daß die politischen Verhältnisse zu einer so schlimmen Entwicklung geführt haben“, schrieb von Eynern.⁴² Da klang er also schon an, der neue Ton des Otto-Suhr-Instituts (OSI). Die politischen Verhältnisse sollen zu einem Verhängnis geführt haben. Später hieß es, der Kalte Krieg sei die Ursache, und noch etwas später meinte gar mancher am OSI, die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten sei für die Welle des Terrors in der frühen DDR verantwortlich. Der Einsatz für Freiheit und Demokratie war nach dieser Lesart der Geschichte das Werk von Kalten Kriegern. Die Wertmaßstäbe und Ziele, von denen sich die Akteure des antikommunistischen Widerstands in den frühen fünfziger Jahren leiten ließen, verschwinden hinter der Äquidistanz gegenüber den beiden Seiten im Kalten Krieg. Doch die Männer und Frauen aus den Oppositions- und Widerstandsgruppen der frühen DDR wurden von der SED-Propaganda als fremdgesteuerte Marionetten des Westens diffamiert, als „faschistische Provokateure“. Doch genau das waren die meisten von ihnen eben nicht. Sie handelten aus eigener Verantwortung und nach ihrem eigenen Gewissen. Ihnen gebührt Achtung. Die Erinnerung an sie findet erst jetzt nach und nach ihre angemessene Form.

Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hatte am 3. März 1954 über folgenden Antrag der Studentenvertreter in diesem Gremium zu befinden: „Die Studentenvertreter schlagen vor, eine Tafel im Auditorium maximum ohne Namen anzubringen für diejenigen Studenten, die Leben und Freiheit bei der Gründung der Freien Universität aufs Spiel gesetzt haben.“ Der Senat billigte die Tafel und ermächtigte den Rektor, das Nähere einzuleiten.⁴³ Die Realisierung des Vorhabens blieb aus. Seit dem vergangenen Jahr erinnert auf dem Campus der Freien Universität eine von dem Bankhaus Sal. Oppenheim gestiftete Skulptur an zehn in der Sowjetunion ermordete Studenten der FU und der DHfP. Sie starben wegen ihres Einsatzes für Freiheit und Demokratie. Lange waren ihre Schicksale vergessen. Das wird in Zukunft kaum mehr möglich sein. Der Forschungsverbund SED-Staat der FU wird im kommenden Jahr eine ausführliche Darstellung über die Berliner Hochschulen in den Jahren der Teilung vorlegen. Dabei wird auch über weitere Ereignisse und Gestalten aus jenen Zeiten zu berichten sein, als die Opposition gegen das SED-Regime lebensgefährlich war.⁴⁴

42 Das Schreiben findet sich in den Immatrikulationsunterlagen von Günter Malkowski. HSA/FUB, Matr. Nr. 3261.

43 Vgl. Akademischer Senat der Freien Universität Berlin: Beschlußprotokoll vom 3. März 1954. HSA/FUB, Rep. 3, Senatsprotokolle 1953–1954.

44 Der Autor dankt Lutz Utecht für viele aufschlußreiche Gespräche über die damalige Zeit.